

110-4/136

ARCHIVNI A STUDIJNI ODBOR

Doslo

Či.

110-4/136

Přílohy

10 listů

Krab. 229.

ST M

- IV. D - 217/43.
- IV. D - 221/43.
- IV. D - 225/43.
- IV. D - 226/43.

M
1943

Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

Herrn Dr.v.Watter.

In Sachen Verlängerung der Bestimmung über die Zurrue-
setzung der autonomen Bediensteten bin ich in Verfolg
des dort. Vermerks vom 8.12.d.Js. - Zeichen Dr.Hr.-Sch.
und der dort. Zuschrift vom 13.d.gl.Mts. - Zeichen Ab-
teilung I - 5636 mit der in Vorschlag gebrachten weite-
ren Verlängerung bis zum 31.12.k.Js. einverstanden.

Boisse


E. d. A.

Prag, den 12. Dezember 1943

An das
Ministeramt
im H a u s e

Betrifft: Verlängerung der Bestimmung über die Zurruesetzung
der autonomen Bediensteten

Durch § 12 der Reg.Vdg.Nr.420/1942 vom 24. Dezember 1942 wurde die Möglichkeit geschaffen, bis 31. Dezember 1943 im Zuge der Verwaltungsvereinfachung autonome Bedienstete von amtswegen in den dauernden Ruhestand zu versetzen, ohne daß die sonst hierfür festgesetzten Bedingungen erfüllt sind.

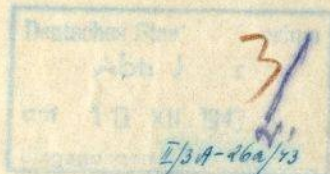
Die Vorschrift des § 12 hat sich bewährt. Ihre Verlängerung ist erforderlich, da die Möglichkeit des Abbaues von übersetzten Personalbeständen auch noch nach dem 31.12.1943 notwendig sein wird und die endgültige Überprüfung der Legionäre bis zu diesem Zeitpunkt nicht zum Abschluß gebracht werden kann. Auch das Ausscheiden von Bediensteten mit schwachen dienstlichen Leistungen und deren Abgabe für den Arbeitseinsatz oder Versetzung in den dauernden Ruhestand ist nach dem 31.12.1943 nur durch eine Verlängerung des § 12 möglich. Die Vorschrift bietet ferner die Möglichkeit, Bedienstete, die die deutsche Sprachprüfung (Wiederholungsprüfung) nicht bestanden haben, in den dauernden Ruhestand zu versetzen. Die Verlängerung des § 12 gewährleistet ferner die rascheste Entfernung von unzuverlässigen Elementen aus dem autonomen Dienst.

Es empfiehlt sich, eine vorläufige Verlängerung bis zum 31.12.1944. Eine Verlängerung auf unbestimmte Zeit oder bis zum Kriegsende halte ich nicht für zweckmäßig, da in diesem Falle der durch § 12 vorgenommene Eingriff in die Sicherung der Rechtsstellung der Beamten zu einem Dauerzustand gemacht würde mit der Folge einer erheblichen Beunruhigung und evtl. minderen Arbeitsleistung der autonomen Beamtenschaft.

Im übrigen darf ich auf unsere mündliche Besprechung und Ihre dabei gegebene Zusage Bezug nehmen.

H. H. Waldner

Vermerk.



Prag, den 8.12.43
Nach Paragraph 12 der Reg. VO vom 24.12.42. über die Vereinfachung und Neuregelung gewisser Personalverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung können in der Zeit bis zum 31.12.43. im Zuge der Vereinfachung der Verwaltung Bedienstete von Amts wegen in den dauernden Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie nicht die für die Versetzung in den dauernden Ruhestand festgesetzten Bedingungen erfüllt haben.

Ich beantrage, dass die Geltungsdauer dieser Bestimmung für ein weiteres Jahr, also bis 31.12.44. verlängert wird, da diese Berechtigung im Zuge der Verwaltungsvereinfachung noch weiterhin benötigt wird, und bitte um Zustimmung, das Erforderliche im autonomen Sektor veranlassen zu dürfen.

Prag, den 8.12.43.

Dr.Hr.-Sch.

H. Watter

Durchschrift

Deutsches Staatsministerium
für Böhmen und Mähren.
Abteilung Justiz
II c E I 1336/43

Prag, den

12. Oktober 1943

Urschriftlich mit 1 Anlage
durch
das Ministeramt
in
Hause
den
Büro des Herrn Reichsprotectors

wieder zugeleitet.

Der Regierungseinspektor Johannes Stiebing war vom 7. September 1942 bis Ende Februar 1943 bei der Bezirksbehörde - Reichsauftragsverwaltung - in Göding (Mähren) tätig. Zu den dienstlichen Aufgaben Stiebings gehörte u.a. die Leitung der Abteilung "Judenvermögen" der Reichsauftragsverwaltung; die Haupttätigkeit in dieser Abteilung begann etwa Mitte Januar 1943, als die Juden aus dem Bezirk Göding evakuiert wurden.

Der Beschuldigte hat teils selbst aus den in seiner Verwaltung stehenden Judenwohnungen Einrichtungsgegenstände entwendet und diese seiner Ehefrau geschickt oder nach Pardubitz, seinem neuen Dienstort, mitgenommen, teils einem gewissen Pittermann ohne Abschätzung und Bezahlung überlassen. Ferner hat Stiebing - offenbar aus einer gewissen Grossmannsucht heraus - verschiedenen anderen Personen die rechtswidrige Mitnahme von jüdischen Einrichtungsgegenständen gestattet, ohne dass eine Abschätzung oder eine Bezahlung stattgefunden hat. Schliesslich hat Stiebing kartengebundene Waren (Mehl, Wurst, Fett, Schokolade, Bohnenkaffee) ohne Abgabe von Marken gekauft.

Anklage ist inzwischen erhoben.

gez. Krieser

1
a. d.
/ 72/70. 23
98.11-IV-D-221/43.

Der Deutsche Staatsminister.
(p.d.)

5
8. Januar 1944.

St.M. 13/44. ✓

„nennt bei der nachstehenden
Auswertung der Angelegenheit“

10. M. 1944

1.) An Herrn
Staatssekretär Dr. Klopfer,
München 33,
Führerbau.

Lieber Kamerad Dr. Klopfer !

Wegen der in Ihrem Schreiben vom 24.12.v.Js. - Zeichen III/Dr. Kl. - zu angeregten Verwendung des Regierungsdirektors Parteigenossen Ramdohr sind schon seit einigen Wochen Verhandlungen zwischen meinem Ministerium, dem Reichsminister des Innern sowie dem Reichsstatthalter in Sachsen geführt worden.

Bei Parteigenossen Ramdohr handelt es sich nach seinem dienstlichen Werdegang um einen ausgesprochenen Fachmann auf dem Gebiet der Sozialversicherung. Die einzige Stelle, auf der seine fachlichen Fähigkeiten angemessen ausgewertet werden könnten, ist hier bereits seit langem mit einer bewährten Kraft besetzt. Regierungsvizepräsidenten gibt es im Protektorat ebenfalls nicht. Ich habe demgemäß dem Reichsminister des Innern und dem Reichsstatthalter in Sachsen mitgeteilt, daß Ramdohr in meinem Geschäftsbereich nicht eingesetzt werden kann.

Ich bedauere, unter diesen Umständen auch Ihnen keine

21.11.1944
25108
A. U. IV - II - 225/149.

Nationalsozialistische



Deutsche Arbeiterpartei

Partei-Kanzlei

Staatssekretär Dr. Klopfer

München 33, den 24. Dezember 1943.

Führerbau

III/Dr. Kl. - Pu

Abgej.
Vorgänge! 20/12
Frühgefr. 11/12
Spalte 24.12.43 Di

Herrn
Staatsminister F r a n k,

P r a g,
Burg, Nordflügel.

Bitte Antwort für
den Namen und
Stand angeben

Betrifft: Oberregierungsrat Pg. Adolf R a m d o h r in
Chemnitz.

Sehr verehrter, lieber Kamerad Frank !

Der Gaustabsamtsleiter Pg. Müller in Dresden hatte mir den Wunsch des Oberregierungsrats Adolf Ramdohr aus Dresden übermittelt, im deutschen Staatsministerium für Böhmen und Mähren in Prag verwendet zu werden.

Ich leite Ihnen seiner Bitte entsprechend diesen Wunsch weiter. Aus den bei der Partei-Kanzlei geführten Akten ergibt sich folgendes:

"Oberregierungsrat Ramdohr ist am 23. 11. 1884 geboren er ist Verwaltungsbeamter und war vorwiegend in der Sozialversicherung tätig. Zuletzt leitete er das Oberversicherungsamt in Chemnitz, das jetzt mit dem gleichen Amt in Zwickau verschmolzen werden soll. Ramdohr steht deshalb für eine andere Verwendung zur Verfügung.

-/-

V 2 - 225 / 43

6a



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Partei-Kanzlei

Ramdohr ist Parteigenosse seit dem 1.10. 1930, er ist einer der ältesten Mitglieder des NSRB. Als Frontoffizier des Weltkrieges wurde er verwundet. Er ist auch jetzt wieder zum Heeresdienst eingezogen und wurde vor kurzem als Major aus der Wehrmacht entlassen, weil er infolge seiner Weltkriegsverwundung nicht mehr frontverwendungsfähig ist. Ramdohr wird in politischer Hinsicht sehr gut beurteilt. Die Partei-Kanzlei hat sich wiederholt für seine Förderung eingesetzt. Er strebt in erster Linie eine höhere Verwendung auf dem Gebiete der Sozialversicherung an. Gegebenenfalls käme er auch für die Stelle eines Regierungs-
vizepräsidenten in Frage.

Ramdohr ist als ehrgeizig geschildert worden. Er ist auch wiederholt bei uns vorstellig geworden. Bisher hat er eine aussergewöhnliche berufliche Förderung trotz seiner politischen Bewährung nicht erfahren."

Heil Hitler !

Ihr sehr ergebener

96727



604
7
, den 27. März 1945.

Inhalt dieses Briefes, nachher zu den Akten zu legen
Mit freundlichen Grüßen und

27. III. 1945

1.) An Herrn
Ministerialrat Herrmann,
Berlin W 8, H f i e H
Wilhelmstrasse 63.

Sehr verehrter Parteigenosse Herrmann !

Die Beantwortung Ihres Schreibens vom 3.11.v.Js., das mich außerordentlich interessiert hat, habe ich seinerzeit zurückstellen müssen, da vor einem Vortrag bei dem Herrn Staatsminister die Klärung verschiedener Personalfragen abzuwarten war. Der Herr Staatsminister hat nunmehr entschieden, daß bei der augenblicklichen Ersatzlage keine Einwendungen gegen Ihre Freigabe zur Wehrmacht erhoben werden sollen. Ob allerdings eine derartige Freigabe angesichts des Ihnen in der Partei-Kanzlei übertragenen Aufgabengebiets möglich ist, vermag ich nicht zu beurteilen.

Ich hätte mich gefreut, Sie am letzten Samstag in Prag begrüßen zu können. Leider war der Dienstbetrieb durch die Luftlage Störungen ausgesetzt. Mein Versuch,

.A.B.S (S

U.M-IV-D-226/43.

den 27. März 1945.

ya

Sie telefonisch zu erreichen, schlug deshalb fehl.
Mit freundlichen Grüßen und

Ministerialrat Herrmann

Heil Hitler!

Wilhelmstrasse 63.

S. 7. 11. 1945
I. 1.

Sehr verehrter Parteigenosse Herrmann!
Die Beantwortung Ihres Schreibens vom 3.11.v.Ja., das mich außerordentlich interessiert hat, habe ich bereits zurückstellen müssen, da vor einem Vortrag bei dem Herrn Staatsminister die Klärung verschiedener Personalfragen abzuwarten war. Der Herr Staatsminister hat nunmehr entschieden, das bei der augenblicklichen Fragestellung gegen Ihre Freigabe zur Wehrmacht erhoben werden sollen. Ob allerdings eine derzeitige Freigabe angesichts des Innen in der Partei-Kanal übertragene Aufgabenspektrum möglich ist, vermag ich nicht zu beurteilen.
Ich hätte mich gefreut, Sie am letzten Samstag in Prag begrüßen zu können. Leider war der Dienstbetrieb durch die Luftlage Störungen ausgesetzt. Mein Versuch



2.) Z.d.A.

Handwritten scribbles at the bottom of the page, possibly including a date or reference number.

1.) Vermerk:

Der zur Dienstleistung bei der Partei-Kanzlei beurlaubte Ministerialrat Herrmann, der von hier zur Obersten Rechnungskontrollbehörde abkommandiert ist und dort bis zu seinem Dienstantritt in der Partei-Kanzlei tätig war, ist in einem an mich gerichteten privatsdienstlichen Schreiben dahin vorstellig geworden, eine Entscheidung des Herrn Staatsministers herbeizuführen, dass ihm entweder ein ausreichendes kriegswichtiges Arbeitsgebiet anstelle seiner Tätigkeit bei der Obersten Rechnungskontrollbehörde zugewiesen oder, falls sich dies nicht ermöglichen lasse, seine Uk-Stellung aufgehoben werde. Herrmann genießt offenbar das Vertrauen von Reichsleiter Bormann. Seine Beförderung zum Ministerialdirigenten (!) soll bevorstehen. Auch wenn diese Beförderung sich noch länger hinziehen sollte, wird sich eine dem Dienstrang des Beamten entsprechende kriegswichtige Verwendung kaum ermöglichen lassen. Allenfalls käme eine zeitweise Beschäftigung im Generalreferat "Rüstungswirtschaftliche Sonderfragen" in Betracht, obwohl Herrmann in der Wirtschaftsverwaltung bislang nicht tätig war. Es wäre deshalb zu erwägen, ihm im Falle seiner Entbehrlichkeit bei der Partei-Kanzlei Gelegenheit zur Frontbewährung zu geben. Herrmann gehört dem Jahrgang 1907 an und hat nicht gedient.

2.) K.H. dem
Herrn Staatsminister

mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.

22/12

Die Leitung dieses Betriebs abzugeben und das
 Oberste Kommando der Kontrollabteilung in meine
 Hände. Ich habe mich sehr sehr gerne mit
 dieser neuen Ministerialarbeit beschäftigt
 und hoffe, die von mir in dieser Hinsicht
 bewirkten Arbeiten über die Zeit
 hinweg in Jahr 1943. Am Ende des Jahres
 habe Ministerialarbeit für mehrere Tage in ein
 Richtung der Regierung für die Zeit übergeben.
 Das allein dieses Kommando beauftragt mich
 gegen die Führung der Motorenabteilung.

Das von mir bisherige Arbeit in dieser Hinsicht
 ist zu zeigen, dass ich in der letzten
 meine Tätigkeit für den Kommando übernehmen
 zu wollen. Wenn die Arbeit nicht so
 schnell, so würde ich mich auch an die
 Leitung meiner Kontrollabteilung in der
 Kauterleitung für meine Führung der
 Arbeit. In der letzten Zeit habe ich in
 der Kauterleitung die Aufgabe. Ich habe
 während der Zeit sehr viel von dem
 Ministerium das von mir sehr wichtig.

Während der letzten Zeit habe ich mich sehr
 bemüht, so dass das Kommando in der
 Arbeit mit meiner Arbeit in der
 Leitung der Arbeit der Kontrollabteilung
 sehr wichtig ist. So ist es sehr
 wichtig, dass die Arbeit in der
 Leitung der Arbeit der Kontrollabteilung



Schreiben des Reiches nach Ministerialrat
 der ich, da es sich nicht mit einer
 solchen Untersuchung eines anderen
 erklären will, die mich ein Aufnahmepunkt
 mit langwierigen Arbeitszeiten gibt für
 Ministerialrat Müller nicht kann ich
 bereit bin, einen weiteren Antrag
 zur Aufhebung des nach Prag abzugeben,
 da gar nicht ist, als Nachbeter von Herrn
 Ministerialrat & Janderek tätig zu sein.
 Ich wäre Ihnen sehr dankbar wenn Sie
 in der Sache eine Entscheidung der
 Herrn Ministerialrat geben können würden.
 Die von Fall der Funktion längere Zeit
 nicht in der Lage waren, daß ich schließlich
 am 1. Januar 1945 meinen Dienst wieder
 in Prag antreten kann und nicht
 weiterhin gegen Nachbeter & Klopfer
 bitten, in der Sache meine zu kämpfenden
 Gebiet in der Klopfer Lösung mit Kapfen
 nach weiteren Abkammerentwürfen für
 Ministerialrat abzupfeifen. Hiermit habe ich
 & Klopfer von der Sache in der Lösung nicht mehr
 mich weiterzusetzen.

4. 1. 1944
Ihre Nachricht vom 27. 12. 44 ist mir
sehr dankbar für die mich liebende
Fürsorge. Ich mit meiner Familie
bin sehr dankbar für das
Gut.

Sehr
liebe

die
Familie

und
Freunde.



65321

Sehr
liebe
Familie!

27/ 12. 44